

„Klein-Jerusalem“ auf der Spur

BILLIGHEIM-INGENHEIM: Nach fast vier Jahren intensiver Recherchen und Spurensuche hat die Ortsgemeinde ihre neue Homepage mit dem Titel „Jüdisches Leben in Ingenheim“ vorgestellt. Früher betrug der Bevölkerungsanteil der Juden in der Gemeinde 30 Prozent.

Ortsbürgermeister Dietmar Pfister (SPD) dankte der Projektgruppe unter Leitung von Ralf Piepenbrink und lobte deren großes ehrenamtliches Engagement. Deren vornehmste Aufgabe war und ist es, sich um den jüdischen Friedhof zu kümmern und so Namen, Lebensdaten und Schicksale zu dokumentieren und das Gedenken auch für die kommenden Generationen zu bewahren. Ein wichtiges Stück der Geschichte Ingenheims soll auf keinen Fall in Vergessenheit geraten.

Ingenheim, eine Gemeinde, die damals wohl die größte Landjudengemeinde in der Pfalz war, seinerzeit als „Klein-Jerusalem“ bezeichnet wurde, verzeichnete um das Jahr 1856 etwa 30 Prozent der Bevölkerung, die sich zum jüdischen Glauben bekannten.

Dank und Anerkennung sprachen auch aus den Grußworten des SPD-Landtagsabgeordneten Alexander Schweitzer, von Bürgermeister Torsten Blank (SPD) und Eberhard Dittus, dem Beauftragten für die Betreuung der jüdischen Friedhöfe in der Südpfalz. Letzterer sprach von einer Vorbildfunktion des Ingenheimer Projekts.

Mitglieder der Projektgruppe stellten die jeweiligen Arbeitsbereiche vor. So berichtete Bernd Jantzer, Chef der „Jantzer-Boys“, vom katastrophalen Zustand des Judenfriedhofes im Juli 2012 und der daraus resultierenden Erkenntnis, dass in diesem „Urwald“ unbedingt etwas geschehen müsse. So traf sich dann jeweils dienstags eine Gruppe Gleichgesinnter, und innerhalb eines halben Jahres wurden 25 Rollen Dornen, Hecken und Gestrüpp entsorgt, die Grabsteine von Efeu und hüfthohem Gras befreit, sodass jetzt wieder problemlos Besuche und Führungen möglich sind.

Kurt Bangerth erläuterte die Dokumentation der Häuser jüdischer Bürger im Jahre 1842, zehn Jahre nach



Auf dem jüdischen Friedhof Ingenheim aktiv (von rechts nach links): Marcus Hohaus, Kurt Bangerth, Wolfgang Mundinger, Kurt Johannes, Ortsbürgermeister Dietmar Pfister, Jürgen Holk, Bernd Jantzer, Ralf Piepenbrink und Walter Bauer.

FOTO: NERSEN

dem Synagogenbau, als die jüdischen Häuser noch im ganzen Ort verteilt waren und das jüdische Leben der damals 600 jüdischen Mitbürger noch in voller Blüte stand. Er erinnerte auch an das Jahr 1932, als Häuser nur noch um die Synagoge angesiedelt waren und die Zahl der jüdischen Einwohner auf knapp 100 gesunken war. Durch die Zuordnung von rot markierten Häusern zu den jüdischen Mitbürgern entstanden zwei interaktive Karten zu den Jahren 1842 und 1932, die den Wandel im Laufe der 90 Jahre deutlich machen und so auch in der Homepage abrufbar sind.

Von den systematischen, überaus zeitintensiven Recherchen im Archiv

der Verbandsgemeinde Landau-Land sowie im Landesarchiv in Speyer, dem Durchforsten aller lückenlos überlieferten Zivilstandsakten der Ortsgemeinde seit 1793 und den Schwierigkeiten der Zuordnung von Personen vor und nach Napoleons „dekret infame“ im Jahre 1808 berichtete Frederic Johannes.

Während ihrer dreitägigen Nachforschungen beim ITS, dem International Tracing Service in Bad Arolsen, suchten Kurt Johannes, Ralf Piepenbrink und Frederic Johannes unter den bei diesem internationalen Suchdienst aufgeführten 17,5 Millionen Verfolgten und Ermordeten Dokumente und Vermerke für 86 in Ingen-

heim geborene Personen. Auch hier war die Suche aufgrund unterschiedlicher Schreibweisen von Namen und Orten, Schreib- oder Übertragungsfehlern äußerst schwierig, aber letztlich erfolgreich. So flossen die zusammengetragenen Ergebnisse aller Mitglieder der Projektgruppe nun ein in die von der Firma Redlingshöfer und Hofmann konzipierte und produzierten Homepage. Auf ihr ist auch der Bogen von den Gräbern zu den Menschen und Häusern ersichtlich, in denen die jüdischen Mitbürger lebten, ihre Riten und Gewohnheiten und ihr Glauben. Mit der Homepage können die Ergebnisse der Spurensuche veröffentlicht und den Nachfahren ehe-

maliger Ingenheimer Juden überall in der Welt zugänglich gemacht werden. Auf der Startseite hat man sofort Zugriff auf sieben wichtige Oberbegriffe wie Historie, Synagoge, Gemeinde, Menschen, Häuser, Friedhof und Gräber mit entsprechenden Untertiteln.

Die Präsentation wurde, in Erinnerung an Rafael Mandel, der Kantor der Synagoge und Ehrenmitglied des Männerchors Ingenheim war, mit drei Liedbeiträgen des MGV Ingenheim begleitet.

INFO

www.juedisches-leben-in-ingenheim.de oder www.juden-in-ingenheim.de (lif)

KREISMAGAZIN

Edenkoben: Beim Heimatbund endet Hartkopf-Ära

Wenn sich der Heimatbund Edenkoben am Dienstag, 31. Mai, 19 Uhr, im Museum zur Mitgliederversammlung trifft, dann geht eine Ära zu Ende. Herbert Hartkopf, 22 Jahre Vorsitzender, 27 Jahre Schriftleiter und fünf Jahre zweiter Vorsitzender, steht für eine Wiederwahl nicht mehr zur Verfügung. (rhp)

Herxheim: Besichtigung des neuen Glockenstuhls

Die Katholische Pfarrei Herxheim bietet an den Samstagen 28. Mai, 18. Juni und 9. Juli jeweils um 10 Uhr Führungen im Turm zum Glockenstuhl in der Pfarrkirche St. Maria Himmelfahrt an. Es können jeweils maximal 20 Personen teilnehmen, da der Platz in der Glockenstube beschränkt ist. Anmeldungen werden telefonisch im Pfarrbüro (07276 987100) erbeten. Bei starker Nachfrage können zusätzliche Besichtigungen nach den Sommerferien terminiert werden. (hr)

Rohrbach: Zum ersten Mal Dorf-Olympiade

Eine neue Initiative der Rohrbacher Sportvereine: Unter dem Motto „Wer Lust zum Sport hat, aber übertriebenen Ehrgeiz scheut, der ist bei uns genau richtig“ veranstaltet Spielvereinigung, Schützenverein, Tennisclub und die Volleyballabteilung des Gymnastikvereins am heutigen Samstag und morgen, Sonntag, die erste Dorf-Olympiade auf dem Sportgelände. Die Mannschaften bestehen aus jeweils fünf Akteuren, die sich im Schießen, Fußball, Tennis und Volleyball versuchen. Beginn ist an beiden Tagen jeweils um 10 Uhr, Ende ist jeweils gegen 18 Uhr. (som)

Rohrbach: Führung auf Wildpflanzen-Pfad

Inge Angenendt bietet heute, Samstag, 17 Uhr, auf dem Wildpflanzen-Lehrpfad in Rohrbach eine Führung an. Treffpunkt ist der Eingang in der Bahnhofstraße. (som)

Nachruf: Trauer um Hans-Ludwig Nauth

BAD BERGZABERN. Über sechs Wahlperioden hinweg, von 1971 bis 1999, gehörte er dem Kreistag des Landkreises Südliche Weinstraße an. 20 Jahre saß er im Kreisausschuss und führte die SPD-Fraktion: Nun hat Hans-Ludwig Nauth nach längerer Krankheit im Alter von 81 Jahren für immer die Augen geschlossen. Landrätin Theresia Riedmaier (SPD) würdigte seine Verdienste als Kommunalpolitiker, auch als hauptamtlicher erster Beigeordneter in den Aufbaujahren der Verbandsgemeinde Bad Bergzabern. Nauth war unter anderem Träger der Freiherr-vom-Stein-Plakette, der Kreis zeichnete ihn in Anerkennung seiner gradlinigen und weitsichtigen Arbeit unter anderem mit der Goldenen Kreiswappennadel und dem Wappenschild aus. (mik)

An Kita-Erweiterung führt kein Weg vorbei

RHODT: Gemeinderat strebt eine Aufstockung auf 50 Plätze an – Dachgeschoss für Büro- und Abstellräume nutzen

Grundsätzlich war sich der Gemeinderat Rhodt in seiner jüngsten Sitzung einig, bei der Kita eine Erweiterung von 40 auf 50 Plätze anzustreben. Zur Änderung des Betriebsmodells muss ein Antrag beim Landjugendamt gestellt werden, ebenso für die Einstellung einer weiteren Vollzeitkraft.

Auch die Nutzungsänderung des Dachgeschosses bedarf eines entsprechenden Antrages und einer daraus resultierenden Baugenehmigung. Der Rat votierte einstimmig dafür, diese Anträge zu stellen. Laut Ortsbürgermeister Torsten Engel (CDU) gibt es zwei Möglichkeiten: zum einen der Aufbau einer Warteliste,

die bis zu zehn Kinder und mehr umfassen kann, außerdem die Erhöhung der Kapazitäten. Derzeit sind in der in zwei Gruppen geführten Einrichtung 40 Plätze vorhanden. Erfreulich sei die Tatsache, dass der Bedarf so stark gestiegen sei, was aber zur Folge habe, dass das gewünschte Aufnahmeumfeld bereits jetzt nicht immer eingehalten werden könne. Die Wartedauer kann bis zu einem halben Jahr betragen.

Einwände gegen eine Erhöhung auf 50 Plätze hatte das Kita-Team vorgebracht, das unter anderem einen Qualitätsverlust bei der Betreuung der Kinder befürchtete, insbesondere da sich die Platzverhältnisse zum Negativen entwickeln würden. Nach Anga-

ben des Ortsbürgermeisters wären bei 50 Plätzen in zwei Gruppen zwölf davon für unter dreijährige Kinder vorgesehen, konkret in jeder Gruppe 19 Plätze plus sechs für die „U 3“. Einzuplanen sind 24 Ganztagesplätze. Auch hier nahmen die Anfragen zuletzt deutlich zu.

Derzeit sind in der Kita Rhodt 4,75 Vollzeitstellen eingerichtet. Das bedeutet, dass eine Kraft sich durchschnittlich um 8,42 Kinder kümmern muss. Beim neuen Modell würden die Stellen auf 5,75 ausgeweitet, was einer durchschnittlichen Betreuungstärke von 8,7 entsprechen würde. Zu den Vollzeitstellen soll noch eine feste FSJ (Freiwilliges soziales Jahr)-Kraft kommen, die allerdings keinen

erzieherischen Auftrag wahrnehmen darf. Eine weitere solche Kraft soll anteilmäßig im Kindergarten und der Schule tätig sein.

Zur Erweiterung des Platzangebotes hatte man verschiedene Lösungen ins Spiel gebracht. Die Nutzung der sogenannten Pfarrscheuer schied wegen nicht erfüllbarer Bauvorgaben aus. Ein gutes Gespräch wurde hinsichtlich der Anmietung eines Außenbereichs geführt, den ein Rhodter Bürger zur Verfügung stellen will. Ebenfalls ist man mit dem Kreisjugendamt und dem Architekten Klaus Zörcher aus Venningen in Verbindung und spricht hier über die Optimierung der Raumnutzung in der bestehenden Einrichtung. Diese sieht

Flächen im Obergeschoss für Büro- und Abstellräume vor, sodass unten Räume für die Kinderbetreuung frei würden.

Auf die Anfrage des SPD-Fraktionsvorsitzenden Matthias Blank, ob die Gemeinde Probleme bekommen könne, wenn sie die vom Gesetzgeber zugesicherten Plätze nicht für alle Kinder bereitstellen kann, verwies Dorfschulrat Engel auf die Landesverordnung hin: „Die Bedarfsplanung muss den Erfordernissen zur Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz in zumutbarer Entfernung entsprechen.“ Also könnten Rhodter Kinder auch Plätze in Nachbargemeinden in Anspruch nehmen, falls diese dort vorhanden sind. (lam)

Noch keine Entscheidung zu „Burgmauern“

ANNWEILER: Sachverständiger des Bauamts zu Einfriedung in Burgenring III nicht bei Stadtratssitzung anwesend

Noch keine Entscheidung fiel in Sachen Burgenring III. Der Stadtrat Annweiler vertrat in seiner Sitzung am Mittwoch den Beschluss zur Änderung des Bebauungsplans. Grund war, dass kein Sachverständiger des Bauamts anwesend war, der spezifische Auskünfte aus Sicht der Verwaltung hätte geben können. Der Rat reagierte darüber irritiert.

Wie berichtet, ging es darum, die Einfriedungen der Grundstücke von bisher bis zu einem Meter hohen Zäunen, Mauern oder Hecken künftig auf zwei Meter heraufzusetzen. Anlass war eine zwei Meter hoch gebaute Sichtschutzmauer eines Grundstücksbesitzers. Der Stadtrat hatte in seiner Sitzung am 2. März beschlossen, die Änderung des Bebauungsplans anzugehen. Dagegen hatten Anwohner Widerspruch eingelegt.

In ihrer Beschwerde mit 177 Unterschriften lehnen die Haus- und Grundbesitzer eine Neuregelung ab. Ihrer Ansicht nach ist sie nicht gerechtfertigt, weil ihre eigenen Rechte nicht berücksichtigt worden sind. Begründet wird die Eingebung, zwei Meter hohe Einfriedungen behinderten Ausfahrten, gefährdeten somit Bewohner und Verkehrsteilnehmer, beeinträchtigten Lebens- und Wohnqualität und wirkten sich negativ auf das Ortsbild aus. Die ursprüngliche Regelung, dass Einfriedungen wie Zäune und Mauern zur Straße hin nur 0,75 Meter und an den Seiten höchstens einen Meter hoch sein dürfen,

hätten zu einem optisch schönen Straßenbild im Baugebiet geführt, wurde argumentiert. Zudem wurde angeführt, die ohnehin negativen Auswirkungen des steilen Geländes würden sich durch hohe Grundstücksgrenzungen noch verstärken.

Es lag eine Stellungnahme der Kreisverwaltung vor. Darin heißt es, generell lasse die Landesbauordnung

Einfriedungen bis zu einer Höhe von zwei Metern ohne Zustimmung der Nachbarn zu. In allgemeinen Wohngebieten sollten jedoch die straßenseitigen und die seitlichen Einfriedungen, gemessen auf einen Meter ab vordere Grundstücksgrenze, nicht höher als einen Meter sein. In seiner Sitzung vom 18. Mai hatte sich der Bau- und Planungsausschuss dem

Vorschlag angeschlossen. Damit besser in die Straßen eingesehen werden könne, sollte die Obergrenze von einem Meter Höhe an den Grundstücksseiten aber auf zwei Meter Länge erweitert werden.

In der Versammlung machte sich eine gewisse Ratlosigkeit bemerkbar. Das Dilemma sei, sagte Stadtbürgermeister Thomas Wollenweber (SPD), dass in Annweiler bisher relativ einheitlich geregelt worden sei. Sonja Keßler (FWG) berief sich auf die angebliche Aussage des Leiters der Bauverwaltung bei der Verbandsgemeinde, Hans-Peter Spies, der in der Bauausschusssitzung vorgeschlagen habe, die Grundstücksseiten über drei Meter Länge auf einen Meter Höhe zu begrenzen, dann aber auf zwei Meter Höhe gehen zu dürfen. Darüber solle abgestimmt werden. Manfred Müller (CDU) bat, die Aussage von Spies zu Protokoll zu geben. Iris Grötsch (CDU) schlug schließlich die Vertagung vor. Ihrem Antrag wurde bei vier Enthaltungen stattgegeben.

Rascher gingen die beiden anderen Sitzungspunkte mit Bebauungsplanverfahren über die Bühne. Einstimmig beschloss der Rat die Satzung für den Bebauungsplan „Bindersbacher Tal“, sechste Änderung, ebenso die Offenlegung des Bebauungsplanentwurfs „Am Waldbühl“. Der ursprüngliche Bebauungsplan „Feriendorf Waldbühl“ war aufgehoben und das ehemalige Feriendorf ins Baugebiet Burgenring aufgenommen worden. Dort soll nicht gebaut werden. (ppo)



So sehen die Straßen im Baugebiet „Burgenring III“ heute aus. FOTO: SCHÄDLER



Solche Zäune würde der neue Bebauungsplan zulassen. Anwohner Bruno Schädlar hat mögliche Einfriedungsszenarien per Fotomontage dargestellt und den Vertretern der Stadt zukommen lassen. FOTOMONTAGE: SCHÄDLER

Gemeinde mit neuem Auftritt im Netz

SCHWEIGEN-RECHTENBACH: Arbeitskreis entwirft Website

Ansprechend, informativ und übersichtlich soll sich die neue Website der Gemeinde Schweigen-Rechtenbach präsentieren, die in der jüngsten Ratssitzung vorgestellt wurde. Inhaltlich wurde sie von einem Arbeitskreis aus Vertretern der Fraktionen entworfen, umgesetzt hat sie Eva Geiger aus Albersweiler.

Mit aktuellen Inhalten gefüllt werden soll sie künftig von drei Administratoren, die auch die in der Sitzung geäußerten Änderungswünsche einpflegen werden.

344 Seiten umfasst das Baumkatalog, das die Gemeinde in Auftrag gegeben hatte. Es beinhaltet die gemeindeeigenen Bäume, deren Standort und Zustand. Zwei Bäume mussten bereits gefällt werden, drei weitere wohl in Kürze. „Wir werden da eng mit der Verwaltung zusammenarbeiten“, so Ortsbürgermeister Dieter Geißer (FWG).

Er informierte über die Aktivitäten der drei Arbeitsgruppen der Dorfmoderation, die im vergangenen Jahr begonnen hat. „Schweigen-Rechtenbach für Jung und Alt, Tourismus, Naherholung und Verkehr“ und Dorf- und Ambiente sind die Themen, mit denen sich die Arbeitsgruppen beschäftigen. Im Juli sollen zusätzlich die Kinder und Jugendlichen mit ihren Vorstellungen und Wünschen

eingebunden werden. Geplant ist eine Einwohnerversammlung in wenigen Wochen, in der die Bürger über die bisherigen Ergebnisse der Arbeit informiert werden sollen. Geißer bat um rege Beteiligung in den Arbeitsgruppen, zu denen jederzeit Bürger hinzu kommen können, um ihre Vorstellungen einzubringen. „Es fehlen in den Arbeitsgruppen jüngere Bürgern, die diese Plattform nutzen sollten, um ihre Vorstellungen einzubringen“, so Geißer.

Als Symbol der Zusammenarbeit wurden an der „grünen Grenze“ Rosen gepflanzt.

Er informierte über eine grenzüberschreitende Rosenpflanzaktion in der vergangenen Woche am „Grenzübergang“ Weißenburg. Der Stadtbürgermeister von Weißenburg, Christian Gleich, Verbandsbürgermeister Hermann Bohrer und Vertreter der Ortsgemeinde Schweigen-Rechtenbach haben an der „grünen Grenze“ als Symbol der freundschaftlichen Zusammenarbeit Rosen gepflanzt, die auch vom Gemeindebeirater aus Schweigen-Rechtenbach und dem Gartenbaumeister Weißenburg gemeinsam gepflegt werden sollen.

Die Sonderumlage für die Grundschule beträgt 88.574 Euro. (pfn)